



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. — Inseratensätze für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 60. Mittags-Ausgabe.

Sechshundertfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 5. Februar 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (4. Februar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Dr. Falk und Althaus. Der Abg. Siemke (3. Wadener Wahlbezirk) hat ein Mandat niedergelegt. Vom Minister des Innern ist ein Gesetzentwurf betreffend die Theilung des Kreises Sternberg an das Haus gelangt.

Zur allgemeinen Discussion über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Art. 15 und 18 der Verfassung, der heute zur dritten Beratung steht, melden sich 9 Redner zum Wort, 5 gegen, 4 für die Vorlage.

Abg. v. Gerlach spricht in mehr als einstündiger, fast unverständlicher Rede gegen den Gesetzentwurf. Ich trete heute auf als Mitglied der evangelischen Kirche, desjenigen Theils der evangelischen Kirche, der das Kirchenregiment Sr. Majestät des Königs anerkennt, nicht in irgend einer Art Gleichgültigkeit gegen die Bemühungen und Kämpfe der Katholiken in diesem Hause. Ich fühle mich in diesem Kampfe aufs Innigste mit ihnen verbunden; ich fühle meine evangelischen Glaubens- und meine brüderliche Liebe zu den Katholiken entzündet durch diesen Kampf und auch meine Hoffnung; denn ich hoffe auf ihren Sieg. Sie sehen heute nur die deutschen Bischöfe vereinigt in diesem Kampf, vielleicht aber wird bald das gesammte Episcopat der Erde in diesem Kampfe mit zu Felde ziehen. (Hört.) Ich knüpfe an diese Hoffnung auf Sieg den Wunsch, daß die Gemeinschaftlichkeit der evangelischen und katholischen Kirche im Kampfe gegen diese Gesetze immer mehr zum Bewußtsein kommt in diesem Hause wie im ganzen Lande. Ich besinne mich diesen Gesetzen gegenüber in demselben Fall wie der Bischof von Osnabrück. Ich nehme für mich dasselbe Recht in Anspruch, wie er, und habe dieses Recht in meinem langen Leben oft ausgeübt: zu prüfen, ob ich solchen Staatsgesetzen ohne Sünde, ohne Verletzung höherer Pflichten gehorchen kann. (Hört.) Ich bin also in dieser Beziehung solidarisch mit dem Bischof von Osnabrück verbunden.

Unsere Verhandlungen hier werden im ganzen Lande gelesen. Ich hätte wohl geofft und gewünscht, daß auf Aeußerungen solcher Art, wie sie von dem Abg. Birchow und andern hier gefallen sind, die Regierung klar und bestimmt ausgesprochen hätte, was sie eigentlich unter Religion versteht, was ihre Religion eigentlich sei; ich hätte wohl gewünscht, daß uns der Cultusminister sein Glaubensbekenntnis hier abgelegt hätte. Irgend etwas der Art haben wir aber vom Regierungstisch gar nicht gehört. (Rufe links: Ist gar nicht nöthig!) Ich bin den Reden des Cultusministers mit Aufmerksamkeit gefolgt; ich habe ihm geistig die Hand gereicht und siehe, seine Hand war eiskalt. (Seitert.) Ich habe ihn gefragt: Wer ist Dein Gott? und siehe, er antwortete: Ich bin der omnipotente Staat, was geht uns Glaube, was geht uns Gott an? Ich habe ihm in die Augen gesehen und siehe, seine Augen waren starr. (Große Heiterkeit.) Der Abgeordnete Reichensperger hat sich bezüglich der Entziehung der Artikel 15 und 18 auf das Frankfurter Parlament und die Nationalversammlung berufen. Dahin kann ich ihm nicht folgen. Für mich sind diese Verhandlungen, für mich ist das ganze Jahr 1848 keine Autorität. Wir haben Wilhelms Genug gehabt, auf diesem Roth herauszukommen. (Rufe links: oh! psui!) — Ueber den Entwurf steht der Name des Königs; aber in den Gesetzen verschwindet dieser Name völlig und an seine Stelle tritt das Abstraktum: Staat. Der Reichstanzler hat einst gesagt: An dem Fels der christlichen Kirche wird das Narrenschiff der Zeit scheitern. Wenn man diese Gesetzentwürfe betrachtet und die Aeußerungen von der Regierungstisch hört, dann scheint dieser Fels sich ganz in einen Rebell aufzulösen zu haben.

Abg. v. Brauchitsch (für): Wenn ich es wage, gegen alte gewiegte Parlamentsmänner in den Kampf einzutreten, so denke ich dabei an meine Jugendzeit, in welcher ich zu Heidelberg einem Corps angehörte, dessen Mitglieder größtentheils nur ein Jahr in Heidelberg blieben und welches mit den anderen Verbindungen, deren Leute in der Zukunft lange Übung hatten, in fortwährendem Kampfe stand. Gensio stehe ich jetzt einem Manne gegenüber, der ehemals Führer der conservativen Partei war, der aber jetzt eine Richtung verkörpert, welche wir nicht nicht mehr als conservativ anerkennen können. Freilich sagt er uns dasselbe; ich will nicht Richter darüber sein, wer von uns Recht hat. Das Centrum sagt zu uns: wie könnt ihr von euren conservativen Standpunkte aus diesen Gesetzen zustimmen? Und zur Linken: wenn ihr diese Gesetze annehmt, tödtet ihr den Liberalismus. Es ist ganz bezeichnend, daß diese Fraktion sich Centrum nennt, denn sie hat eine Brücke geschlagen zwischen der rechten und linken Seite, indem sie die Liberalen gezwungen hat, gegen ihre Neigung die Staatsgewalt zu stärken und die Conservativen an ihre Pflicht erinnert hat, die Autorität der Kirche nicht stärker werden zu lassen, als das Wohl des Staates es gestattet und die Staatsgewalt gegen alle Angriffe zu schützen, woher sie auch kommen mögen. Früher hatten wir die Autoritäten des Kirchenregiments auf unserer Seite; zu unserem Bedauern besteht dieses Verhältnis jetzt nicht mehr. Denn unmöglich können zwei souveräne Gewalten neben einander bestehen.

Herr v. Mallindrodt ist logisch genöthigt das Placet der Kirche in Bezug auf die Staatsgesetze fordern zu müssen, während früher der Staat den Kirchenregimenten sein Placet erteilte. Der Vorredner hat zwar behauptet, der Bischof von Osnabrück habe sich den Gesetzen unterworfen, soweit es das Gebiet des Staates betrifft. Aber in diesem Vorbehalt hat er sich ja das letzte Placet reservirt. Die Kirche ist durchaus nicht eine wehrlose Frau. Herr Windthorst hat neulich erst gesagt: Sinter uns stehen 200 Millionen Katholiken! Ist das eine wehrlose Frau? Wenn die Kirche eine Frau ist, so ist der Staat der Hausherr, dessen Ansehen respectirt werden muß. Wir halten die Kirche für zu bedeutungsvoll, als daß wir in eine Demokratie derselben, wie sie der Abg. Birchow wünscht, willigen sollten. Aber der Staat muß sein Gebiet streng festhalten; der Artikel 15 besagt ja nicht, daß Staat und Kirche gar nichts mit einander zu thun haben. Daß die Freiheit der Kirche nicht beschränkt werden soll, beweist der Umstand, daß gerade von der Regierung die Gesetzentwürfe eingebracht werden. Die Freiheit der Kirche soll nur mit der des Staates vereinbart werden, und dazu sind die Gesetze und die Verfassungsänderung notwendig.

Abg. von Mitschke-Colandee (gegen): Den schweren Vorwurf, daß wir nicht mehr conservativ seien, gebe ich der Fraktion des Vorredners zurück. Nach unserer Anschauung muß in einer Erbmonarchie Grund und Boden mit gewissen Rechten verbunden sein. Als die Regierung diesen Grundsatz nicht mehr anerkannte, erkannten Sie ihn auch nicht mehr an, gingen also von Ihrem conservativen Princip ab. Ich wünsche, daß die Regierung und das Haus der katholischen Kirche nicht zu nahe treten möge. Der Minister bringt uns Gesetze ein; wir wählen eine Commission sie zu beraten. Der Minister hat uns gesagt, daß manches darin gegen die Paragraphen der Verfassung verstöße könne. Ich glaube, wir sind einig, daß vieles gegen die Verfassung verstößt. (Widerpruch links.) Die Commission mußte erst die Gesetze durchlesen und dann eine etwa nöthig gewordene Veränderung vorschlagen; jetzt schlägt sie eine Veränderung vor ohne die Gesetze durchgelesen zu haben. Sie hätte nun die wichtigsten Gründe dafür ausführen müssen. Mit Friedrich Wilhelm IV. wünschte ich, daß sich kein Blatt Papier zwischen König und Volk schieben möge. Aber die Verfassung kam und wir haben sie beschworen. Es ist zwar ein Artikel da, der ihre Abänderung zuläßt, aber von dem sollte man nur im äußersten Falle Gebrauch machen. Eine Nothwendigkeit ist nicht vorhanden, denn selbst der Herr Referent sagt, eine Veränderung sei nur wünschenswerth. Der Grund, weshalb Sie (links) so energisch zustimmen, ist der, daß Sie den Staat in dem sogenannten Kampfe gegen die katholische Kirche unterstützen wollen und zwar so rasch wie möglich.

Ich will den Kampf nicht schildern, sondern nur erklären, daß wir bereit sind, das zu beweisen, was wir 1866 und 1870 bewiesen haben, die Treue gegen König und Vaterland. Friedrich der Große, welcher sagte: „Ich bin der erste Diener meines Staates“, stand mit den Bischöfen auf dem besten Fuße und machte keinen Unterschied zwischen Katholiken und Evangelischen. Diesen Grundsatz haben auch seine Nachfolger befolgt und dadurch steht das Haus Hohenzollern so hoch und herrlich da. Ludwig XIV. dagegen, welcher sagte: „L'état c'est moi“, vertrieb die evangelischen Landesinder und die Bourbonen wurden gestürzt. Auch jetzt fragt man im Lande: „Mein Gott, was wird jetzt mit uns werden? Wir werden verfolgt und unterdrückt werden.“ Ich habe darauf geantwortet: tröstet euch nur, das wird nicht geschehen; denn alle, die ein warmes Herz für die Kirche haben, werden ge-

meinschaftliche Sache machen, um gegen den Unglauben anzukämpfen. (Seitert links.) Wir wissen, daß wir einen weisen und gerechten König auf dem Thron haben, und seine Räte werden auch mit uns gehen, wenn sie erst zur Einsicht kommen. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. v. Kardorff (für): Herr von Mallindrodt nannte die für die Nothwendigkeit dieser Gesetze vorgebrachten Argumente „Brosen“. Das ist allerdings die bequemste Art den Gegner abzufertigen. Wenn er in den Motiven es besonders als Brosen bezeichnet, daß dort gesagt wird, Erscheinungen in der katholischen Welt hätten diese Gesetze notwendig gemacht, so will ich es versuchen, die Richtigkeit, den thatsächlichen Hintergrund dieses Satzes nachzuweisen. Herr Glaser hat die Proclamation des baltischen Dogmas als die einzige derartige Erscheinung bezeichnet. Eine verkehrte Antwort giebt es nicht. Wäre dieses Dogma ohne gleichzeitige andere wichtige Erscheinungen ins Leben getreten, so würden wir in der evangelischen Welt vielleicht gesagt haben: Da wird einmal die tausendjährige Verfassung der katholischen Kirche des Episcopalsystems zu Gunsten des päpstlichen Absolutismus umgeworfen. Aber wir hätten aber erwartet, ob die politischen Konsequenzen dieses Dogmas wirklich gezogen worden wären. Nun stand aber die Erscheinung des Dogmas nicht allein, ich erinnere nur an das Symptom der absoluten Abhängigkeit des niederen Clerus, welches nunmehr in Verbindung mit dem Infallibilitätsdogma die Abhängigkeit dieses Clerus von Rom ergab. Ein zweites Symptom ist das Anwachsen der Klostercongregationen. Herr von Mallindrodt hat mir vorgeworfen, wenn ich von Klostercongregationen hörte, geriet ich immer in eine gewisse nervöse Aufregung. Ich kann versichern, daß das unrichtig ist, ich erkenne die Klostercongregationen bis zu einem gewissen Grade als zum Wesen der katholischen Kirche gehörig, vollständig an, und ich erkenne auch an, was von den Rednern des Centrums hervorgehoben ist, daß wir nämlich in der evangelischen Kirche, wenn nicht mit so strengen Gelübden, so doch ähnliche Congregationen ins Leben gerufen haben, die nach vielen Richtungen hin sehr segensreich wirkten.

Aber est modus in rebus; die statistischen Zahlen über das Anwachsen der Kloster-Congregationen belehren uns darüber, daß wir aus dem besten Wege waren, in spanische Verhältnisse hineingegerathen, wo es bekanntlich in einem Jahre 9000 Mönchsklöster, ungerichtet die Nonnenklöster gab. An diesen Verhältnissen ist Spanien mit zu Grunde gegangen, und wir konnten das Anwachsen der Klöster um so weniger mit ruhigen Augen ansehen, als die Klostergeistlichen wiederum einen bestimmten Einfluß auf den niederen Clerus ausübten, und weiter überall das Bestreben zeigten, den Jugend-Unterricht in ihre Hände zu bringen. Aber auch diese Erscheinung allein würde uns höchstens dahin geführt haben, irgend welche Schranken gegen dieses schnelle Anwachsen der Kloster-Congregationen zu ziehen und nichts weiter. Nun kommt das dritte Symptom, das ist Ihr Erscheinen im Landtage und Reichstage, die Bildung einer politisch-kirchlichen Partei im Landtage und Reichstage, die von vornherein eine vollständig antinationalistische Richtung verfolgt. (Oh! im Centrum.) Abg. Reichensperger (Dpe), das ist eine Beleidigung! Herr Reichensperger wird mir gestatten, daß ich jetzt das Wort habe und dies begründe. Der Abg. Windthorst sagte zwar: Wir sind auch national, wenn der Feind an den Grenzen steht, sind wir auch da. Und doch haben seine Freunde in Bayern, die sogenannte Patrioten-Partei, bis in die jüngste Zeit ein Bündnis mit Frankreich befürwortet. National heißt doch die Summe derjenigen Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die fehlende Einigung der deutschen Stämme zu bewirken. (Reichensperger Dpe): Das ist national-liberal! Nein! das ist nicht national-liberal, sondern ein Standpunkt, der weit über die liberalen Parteien hinausgeht. (Reichensperger Dpe): Wir sind liberal!)

Präsident: Ich muß bitten, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. v. Kardorff (fortfahrend): Sie können nicht bestreiten, daß Sie dieser nationalen Politik der Einigung der deutschen Stämme, der Politik Bismarck den beständigen Widerstand geleistet haben. In diesem Sinne kann ich Ihre Politik anti-national nennen (Widerpruch im Centrum). Soll man Ihnen glauben, so sind Sie so unschuldig, wie die neugeborenen Lämmer. Herr v. Mallindrodt hat Ihre Verbindung mit Rom in Abrede gestellt, Sie werden auch Ihre Verbindung mit den Blättern Ihrer Farbe, die dies ausgesprochen, bestreiten. Das ist Alles Erfindung der bösen, frei-conservativen Partei, der Grund Ihres Jornes gegen uns Fraktion liegt einfach in der That, daß sich bei uns eine Anzahl Katholiken zusammengefunden hat — (Rufe im Centrum: hat, hat!) — ich sage: noch haben, welche entschlossen sind, die nationale Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen. Das konnten Sie nicht vertragen, Sie wollten eine solche Unterstützung der nationalen Politik nicht haben, und deshalb erging an die Wahlkreise das Commando, nur solche zu wählen, die von vornherein verpöchten, in die Centrumsfraktion zu treten. Der Abgeordnete Reichensperger hat noch neulich behauptet: „Wir im Centrum repräsentiren ausschließlich die gläubendstreuen Katholiken im Lande“. Der Vorredner gehört nicht zum Centrum, und ich nenne noch einen Namen und warte, ob jemand die Stirn haben wird, die Gläubendstreue des Mannes anzuzweifeln, den Namen Künzler. Der Kanonikus Künzler hat sich von Ihrem agitatorischen Treiben widerwillig abgewendet, wie es ein in den Zeitungen veröffentlichter Brief auspricht.

[Abgeordneter Reichensperger (Dpe): Wir lassen uns nicht Agitatoren nennen; sollen wir das sein, so protestiren wir dagegen.] Hätte ich etwas Unparlamentarisches gesagt, so hätte mich der Herr Präsident zur Ordnung gerufen. [Abg. Reichensperger (Dpe): Dann beantrage ich, daß Sie zur Ordnung gerufen werden.] Das ist das Recht des Herrn Abg. Reichensperger, den Ordnungsruf gegen mich zu beantragen. (Abg. Reichensperger: Das habe ich eben gesagt.) Ich konstatire, daß die der Canonikus Künzler, so noch hunderte von gläubendstreuen Priestern und hunderttausende von gläubendstreuen Katholiken denken, (Sehr wahr!) Sie (zum Centrum) führen mit ihrer großen Kunst der Dialektik, mit diesen scheinbar sehr glänzenden Gründen den Nachweis, daß Sie und nicht wir die nationale Politik vertreten, aber die große Weisheit der deutschen Nation giebt Ihnen dies Anerkennung nicht. Nur diejenigen treiben nationale Politik, die den Standpunkt der Männer festhalten, welche Deutschland in der großen Zeit der Befreiungskriege lieb und werth gewonnen hat. Männern, wie dem Freiherrn von Stein, dem Marschall Blücher preste der Schmerz darüber, daß Deutschland durch die Hände der Bureaucratie und der Kleinstaaterei um die Frucht seiner Siege betrogen sei, manches bittere Wort aus; heute haben wir das Glück gehabt, den Fürsten Bismarck unsere Politik leiten zu sehen, und die deutschen Fürsten schlossen sich ihm meist hochherzig an. Sollen wir nun ruhig zusehen, wie sich eine Macht concentrirt, die die deutsche Einheit aufs Aeupferste gefährdet, daß eine Politik inaugurirt werde, die uns in die alte Kleinstaaterei, in die alte Misere des Bundesstaates zurückzuführen würde? (Sehr gut! links. Widerspruch im Centrum.)

Ich gebe hier auf die Frage nicht ein, ob die vorgelegten Gesetze das Maß der Inspection der kirchlichen Freiheit überschreiten oder nicht. Nur eins erwähne ich. Welche Absichten hat man nicht der Regierung und der Majorität dieses Hauses untergeschoben! Eine Nationalkirche nach russischem Muster zu gründen, den Cäsaropapismus einzuführen und den Altatholizismus an's Ruder zu bringen! (Sehr wahr! im Centrum.) Dann sollte das Ganze eine neue Freimaurer-Verhöhnung sein (Seitert links), und endlich hat Herr Reichensperger gesagt, die Konsequenzen ihrer Ansichten müßten die Majorität dieses Hauses zu den sozialistischen Gesinnungen des Herrn Babel führen. Natürlich sind solche Dinge nicht für uns, sondern für Ihre Wahlkreise gesagt (Widerpruch im Centrum); aber wunderbar ist in Ihren Wahlkreisen die Leichtgläubigkeit der Leute, die sich solche Mäthen aufbilden lassen (Murren im Centrum). Wer denkt bei uns an eine Nationalkirche nach russischem Muster? (Abg. Windthorst-Meynen: „Sie und Bismarck“, Unruhe, Heiterkeit.) Von Begründungen der Altatholiken hat die Regierung sich fern gehalten. Was aber die Freimaurer-Verhöhnung betrifft, so zeigt die Beobachtung der letzten Jahrgänge, daß die Freimaurer an den politischen Bewegungen keinen Antheil gehabt haben. Was die social-demokratischen Tendenzen angeht, so mache ich die Herren, die davon gesprochen haben, auf das oberflächliche Blatt „Katholik“ aufmerksam, wo der oberflächliche und polnische Arbeiter gegen Deutsche und Altatholiken aufgebracht wird. Hätten die Herren diese Blätter gelesen, so würden sie sich

vor ihren Anschuldigungen gehütet haben. Sie sprechen von grausamen Verfolgungen.

Abg. Windthorst hat uns erzählt, der Kaiser Nero hätte sein Pferd anbeten lassen und dergleichen. Ich freue mich aller dieser Uebertreibungen, weil sie ein Zeichen der Schwäche sind. Wenn wir von grausamen Verfolgungen hören, so können wir nur an die Verfolgungen denken, die die jetzt in Rom herrschende Partei in Spanien und den Niederlanden ins Leben gerufen hat. Wir wissen sehr gut, heute würden Sie nicht mehr die Reher auf dem Scheiterhaufen verbrennen. (Unruhe, Widerspruch. Ruf: Auch heute noch!) Aber das werden Sie uns nicht einreden wollen, daß Sie eine Maßregel wie die Ausweisung der Jesuiten nicht ohne jeden Strupel treffen würden, wenn Sie in einem Lande die Herrschaft hätten und diese so bedroht fühlten, wie wir sie durch die Jesuiten bedroht fühlen. Ich komme auf die evangelische Kirche, der Abg. v. Gerlach hat uns erklärt, die Annahme der Verfassungsänderung würde die Zerstörung der Kirche inauguriren, die Kirche würde im Nationalismus erlöst und verbrannt im Fanatismus. Und wodurch wird das bewiesen? Damit, daß wir mit solchen über diese Veränderung übereinstimmen, die auf anderem religiös-kirchlichem Boden stehen wie wir. Sie haben uns wiederholt auf Birchow hingewiesen, auf David Strauß und Andere; ich könnte Sie ebenso gut auf den Abg. Bunder hinweisen, der mit Ihnen auch nicht dieselbe kirchliche Anschauung haben wird. Es ist hier so oft die Rede davon gewesen, daß für die katholische Kirche mit der Einführung des Artikels 15 eigentlich ein neuer Rechtszustand gar nicht geschaffen wurde.

H. S. Diese Behauptung bestreite ich durchaus. Allerdings hat der Staat in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms IV. der katholischen Kirche gegenüber zahlreiche Rechte nicht wahrgenommen, die er besaß; daß diese Rechte aber darum für absolut und verjährt zu erklären seien, daß erklärt werden könne, die Verfassung enthalte nichts Neues, sondern bestätige nur den alten Zustand, das ist eine Behauptung, der ich widerspreche. Namentlich für die evangelische Kirche schuf sie einen neuen Rechtszustand. Der Landesherren war bisher souverän im Staate und in der Kirche; jetzt wurde er auf einmal im Lande verfassungsmäßiger Monarch, in der Kirche blieb er souverän. Dadurch entstand eine vollständige Verschiebung der Gewalt. Die Konsequenzen drängen uns in diese Wirren. Mit dem Worte „Selbstständigkeit“ geht es gerade wie mit dem Worte „Selbstverwaltung“. Jeder denkt sich etwas Anderes darunter. Der Eine betrachtet es als Herrschaft der Kirche über den Staat, der Andere als Auflösung der Kirche in die Einzelgemeinde; der Dritte als Herrschaft der Geistlichkeit. Mit der Zeit werden wir uns darüber einigen. Wir haben vielfach Prophezeiungen gehört, welche unheilvolle Folgen die neuesten Gesetze haben werden; sie sollten zur rothen Republik oder zum Absolutismus führen, zur Herrschaft des Unglaubens oder einer bürocratischen Einschränkung der Kirche. Prophezeien ist wohlfeil. Ganz dasselbe wurde bei allen früheren großen Actionen vorhergesagt. Nichts von alledem ist eingetroffen. Die Herren wollen nur die Regierung discreditiren. Aber das Land wird zum Fürsten Bismarck und Grafen Koon das Vertrauen haben, daß sie das kirchliche Leben nicht gefährden werden oder wollen. Bisher hat die Regierung die Gestiftung und das kirchliche Leben geschützt, sie wird es auch ferner thun und damit die Verachtungen vernichten, welche gegen sie erhoben sind. Ich bitte Sie, Ihr Votum von der zweiten Lesung heute zu wiederholen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Ich danke dem Hause, daß es mich noch in die er späten Stunde zum Worte gelassen hat, wohl von dem richtigen Gefühl geleitet, daß es nach der eben gehörten Rede nicht mehr denn billig ist, einem Mitgliede des Centrums noch eine Erwiderung zu gestatten. Wir sind ja ohnehin in der ungünstigen Situation, daß über eine Verfassungsänderung, die auf's Tiefste in die Organisation, die Disciplinargewalt und selbst in die Glaubenslehre der katholischen Kirche eingreift, ein Aresopag entschieden soll, dessen Mehrheit diese Kirche nicht kennt und durch Erziehung und Aufschauung ihr abgeneigt ist. Herr v. Kardorff hat dem Centrum agitatorische, antinationalistische Bestrebungen vorgeworfen und sich dabei auf die bairische Patriotenpartei und einige extreme Blätter berufen. Ich weise diesen Vorwurf als eine Verleumdung zurück (Große Unruhe; Rufe: zur Ordnung!). Die Beweise des Gegentheils liegen vor.

Vizepräsident v. Köller: Der Ausdruck: Verleumdung ist parlamentarisch nicht erlaubt; ich rufe den Redner zur Ordnung. (Abg. Reichensperger Dpe): Die Verleumdung selbst aber ist erlaubt!)

Abg. v. Schorlemer-Mst: Herr v. Kardorff hat weiter gesagt, die kirchlichen Gesetze seien notwendig wegen unserer Stärke und kurz darauf, die Uebertreibungen unserer Sprache seien insofern tröstlich, als sie unsere Schwäche documentirten (Heiterkeit). Ich weiß wirklich nicht, wie es in seinem Kopfe ausgehen muß, und überlasse ihn seinen Zuständen. Auch auf die neugeborenen Lämmer will ich nicht eingehen und konstatire nur, daß es ihm diesmal nicht gelungen ist, den „Strom der Geschichte an der Stirnlode zu fassen“ oder das „Blatt zu pflücken, ehe der Sturm es entblättert“ (Heiterkeit). Wenn Herr v. Brauchitsch dann sagte, daß diese Gesetze seine Partei zwingen, eine ihr werthe Allianz aufzugeben, so möchte ich konstatiren, daß wir von einer solchen Allianz nichts wissen; wir mögen wohl, weil unsere sachlichen Ueberzeugungen dieselben waren, zuweilen mit der conservativen Partei gestimmt haben, aber mit ihr verbündet sind wir nicht gewesen und deshalb auch nicht in der Lage, heute den Verlust politisch unsicherer Heerespflichtiger beklagen zu müssen. (Heiterkeit.) Was die Verfassungsänderung selbst betrifft, so bringt sie nicht, wie der Referent sagte, Klarheit in ein unklares Verhältnis, sondern umgekehrt, Unklarheit in ein klares; der Zusatz zu Art. 15 hebt entweder den ersten Theil auf oder er bedeutet selbst nichts. Die Artikel 15 und 18 waren bisher das Palladium der religiösen Freiheit; die Zusätze sind die Firma, unter welcher sich die Staatsomnipotenz in die Verfassung einschleicht. Man hat gesagt, die Männer, welche die Verfassung machten, hätten in politischen Kinderstühlen gesessen; ich meine, daß diejenigen, welche sich jetzt ändern wollen, türstliche Pantoffeln tragen, deren Absatz die Ministerwillkür ist. Der Cultusminister sagt zwar, die kirchlichen Gesetze bedeuteten: hinaus mit der Willkür! Nein, sie rufen vielmehr mit lauter Stimme: hinein mit der Willkür! Sie machen die Kirche zur dienenden Magd des omnipotenten Staats. (Sehr richtig! im Centrum.)

Man wirft uns wieder und immer wieder Staatsfeindlichkeit vor und wenn wir nach Thatsachen fragen, was ist die Antwort? Brosen und Schlagwörter. Herr Petri hat neulich viel zu viel bewiesen, denn wenn alles das wahr wäre, was er gesagt hat, so müßten Sie consequenterweise beschließen: die katholische Kirche ist aufgehoben. Er hat uns auch den heiligen Vater Urbus und die Inquisition vorgeführt; schade, daß er nicht zugleich das Raulbachsche Bild aufstellte, um die richtige Gänsehaut hervorbringen. Die Unwahrheit dieses Bildes und der Beschuldigungen gegen Urbus ist nun so klar erwiesen, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche (Oh! Heiterkeit), aber ist das von Ihnen konsequent, wenn in dem Moment, in dem Sie die Inquisition verhorresciren, sich für einen Gerichtshof zu begeistern, der nichts sein wird, als die Staatsinquisition gegen die katholische Kirche? (Sehr gut! im Centrum.) Ich brauche nicht zu sagen, wer Großinquisitor sein wird. Eine verfassungsmäßige Opposition ist etwas anderes, als Staatsfeindlichkeit und die Herren von der Linken sollten das am besten wissen. Ich erinnere daran, daß am 18. Juni 1864 die Stadtverordneten von Berlin beschlossen, keine Adressen und Deputationen mehr an Sr. Majestät zu schicken und an diesem Beschluß selbst theilnehmten, als gerade in dieser Zeit der Tod des Prinzen Friedrich eintrat. Wenn die Katholiken Ähnliches thaten, sie würden als Hochverräther gebrandmarkt werden. Wirkliche Staatsfeindlichkeit ist auch gerichtlich verfolg- und strafbar und an der Strenge unserer Gerichte wird wohl Niemand Zweifel hegen. Ich erinnere an einen katholischen Geistlichen, welcher von der Kanzel gegen confessionlose Schulen predigte und deshalb gerichtlich angeklagt wurde. In erster Instanz wurde er freigesprochen; in zweiter erkannte das Gericht zwar auch an, daß die Worte an und für sich nichts Strafbares enthielten, aber es meinte, wenn ein gebildeter Mann, wie der Angeklagte, sie gebrauchte, so müsse er sich notwendig etwas Ungehöriges dabei gedacht haben und verurtheilte ihn zu vier Wochen Gefängnis.

Mehr Strenge der Gerichte gegen staatsfeindliche Gesinnung wird wohl Niemand verlangen. Ich habe bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung an

die Adresse des Herrn Bismarck zu machen. Bei der ersten Lesung der kirchlichen Gesetze sprach er von der Erziehung in den katholischen Anstalten und beschuldigte die Leiter derselben, daß sie sich häufig unethischer Handlungen mit ihren Schülern schuldig machten. Auf unklare Einwurfe, und Beweise aus Preußen — denn um Preußen handelt es sich bei diesen Gesetzen doch nur — zu geben, vermochte er das nicht und verließ sie uns für die Zukunft. Bei der zweiten Lesung brachte er einen einzigen Fall, welcher den Dominikanerpater Gordanus Crisemann in Düsseldorf betraf, vor. Abgesehen davon, daß dieser Fall in keiner Weise erwiesen und gar nicht einmal zur gerichtlichen Cognition gekommen ist, stehen nun aber die Anstaltsdirectoren mit den Dominikanern nicht in der geringsten Beziehung und die Beschuldigung ist unbestreitbar, daß Herr Bismarck ohne den geringsten tatsächlichen Anhalt den allerhöchsten Vorwurf und die härteste Ehrenkränkung gegen die Convente geschleudert hat. Ich constatire dies vor dem Hause und dem Lande. Ich erwarte von der Ehrenhaftigkeit des Abgeordneten, daß er durch eine offene Erklärung die Ehre der Beschuldigten wieder herstellt; leider habe ich keinen Anlaß, ein Gleiches von der liberalen Presse zu erwarten. (Lärm.)

Der Kultusminister hofft von den kirchlichen Gesetzen einen dauerhaften Frieden; er täuscht sich gewaltig. Der Klostersturm war der erste Anlaß zur Bildung der Centrumsfraction; man hat erst die Unruhe präpariert und auf Grund ihrer unausbleiblichen Folgen präpariert man die Gesetzgebung. (Unruhe.) Der Staat legt auf die Kirche das Interdict, und wenn es so fortkiehet, sind wir bald bei den Dragonaden angelangt. (Gelächter.) Vor einem freilich sind sie sicher: die Katholiken werden niemals Revolution machen; daran hindert sie ihre Loyalität und ihr Gewissen. Herr v. Bennigsen hat neulich zwar das Gegentheil behauptet, aber es ist nicht wahr trotz seiner Beweise, die so schlagend waren, daß sie aller geistlichen Wahrheit ins Gesicht schlugen. (Hohes Gelächter.) Werfen Sie doch nicht mit Steinen, die Sie selbst in einem Glashaufe sitzen. An dem Fall der legitimen Kronen von Hannover, Hessen und Nassau hat der Nationalverein seinen guten Antheil gehabt. (Bewegung.) Werden die kirchlichen Vorlagen zu Gesetzen, dann zwingen Sie alle Katholiken, die im Besitz der nötigen Mittel sind, ihr Vaterland zu verlassen, um auf freiem Boden ohne Verationen ihren Glauben zu haben. (Lärm.) Den Ruhm, den sich Preußen durch Aufnahme der Salzburger Emigranten erworben hat, wird es im neunzehnten Jahrhundert in Schmach verkehren, indem es seine Bürger in die Fremde treibt, wenn sie von ihrem religiösen Glauben nicht lassen wollen. (Großer Lärm.) Ein Wortspiel haben wir ja schon an dem Jesuitengesetz. (Gelächter.) Das Wort Friedrich Wilhelms IV. von dem Blatt Papier, welches sich nicht zwischen ihn und sein Volk schieben sollte, ist mir stets unbegreiflich gewesen; heute begreife ich es. (Beifall im Centrum.)

Es folgt nunmehr die Specialdiscussion über die Art. 15 u. 18, für die das Haus jedoch keine Stimmung und Neigung mehr hat. Nur zu Art. 15 führt Abg. Clafer unter vollständiger Unaufmerksamkeit seiner Collegen noch einmal aus, daß das in der zweiten Verathung abgelehnte Amendement der Conservativen („die Grenzen dieser Rechte gegenüber dem Staate regelt das Gesetz“) in seiner Tendenz ein verächtliches gewesen sei. (Es ist so wenig, wie alle übrigen Amendements, für die dritte Verathung wieder aufgenommen worden.) Zudem man aber den verkehrten Weg beschreite die Verfassung zu ändern, um hinterher ein Gesetz geben zu können, betreue man den Boden der Revolution und folge der evangelischen Kirche ein viel nachhaltigere Schädigung zu, als der ungleich widerstandsfähigeren katholischen. Das Aussehen der ersten Vertheilung werde mit den Anschauungen der jetzmaligen Regierung wechseln und mit der von ihr erhofften Verfassung und Selbstständigkeit werde es für immer vorbei sein.

Der Gesetzentwurf wird in seinen einzelnen Theilen und schließlich im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 110 Stimmen angenommen (2 Mitglieder enthalten sich der Abstimmung). In der zweiten Verathung wurden die beiden Verfassungsartikel in der abgeänderten Gestalt mit 262 gegen 117, resp. mit 255 gegen 114 Stimmen angenommen. Die Stellung der Parteien ist also durchaus unverändert geblieben.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Interpellation des Abg. v. Mierzbinski, den Gebrauch der polnischen Sprache betr., Etat der Eisenbahnverwaltung und verschiedene Berichte der Budget-Commission).

Berlin, 4. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben den Hofmarschall Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl von Preußen Kammerherrn Grafen von Dönhoff zum Schlosshauptmann von Königsberg ernannt; sowie den Appellationsgerichts-Rath von Seydewitz in Frankfurt a. O. als Kammergerichts-Rath an das Kammergericht und den Appellations-Rath Grafen von Bredow zu Königsberg in Preußen als Rath an das Appellationsgericht in Frankfurt a. O. versetzt; den Stadt- und Kreisgerichts-Rath Späth in Magdeburg zum Appellations-Rath in Jüterburg, die Stadtgerichts-Räthe Paul Emil Theodor Sommer und v. Noß hier selbst zu Kammergerichts-Räthen und den Stadtgerichts-Rath Schmidt in Breslau zum Appellationsgerichts-Rath daselbst ernannt; und den Rechtsanwält Bregel zu Jüterburg, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Verammlung getroffenen Wahl, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Jüterburg für die geistliche sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Durch Allerhöchste Ordre vom 28. Januar c. ist der überzählige Marine-Schiffbau-Director Feyling bei der Kaiserlichen Werft zu Kiel, zum etatsmäßigen Marine-Schiffbau-Director mit dem Range eines Raths 4. Classe ernannt worden.

Berlin, 4. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und Königl.] nahmen heute Vormittag militärische Meldungen entgegen und hörten die Vorträge der Hofmarschälle Graf Pückler und Graf Perponcher, des Polizei-Präsidenten von Madat, des Chefs des Militär-Cabinetts, Oberst von Albedy, und des Minister-Präsidenten, Feldmarschalls Grafen von Moos.

[Zur Feier des Geburtstages der Prinzessin Carl von Preußen] fand gestern Abend in den Räumen des hiesigen Prinzlichen Palais am Wilhelmplatz eine vom General-Intendanten der königlichen Schauspiele, Kammerherrn v. Hülsen, arrangirte Aufführung von lebenden Bildern statt, welche Ihre kaiserlichen und königlichen Majestäten, alle hier anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses, sowie eine große Zahl von Personen, an welche besondere Einladungen ergangen waren, im Ganzen fast 200 Gäste, bewohnten.

Ihre Majestäten der Kaiser und Königl. und die Kaiserin-Königin trafen gegen 9½ Uhr im Palais Ihrer königlichen Hoheiten ein. Die Festvorstellung umfaßte die Darstellung von zehn verschiedenen Bildern, deren jedes durch Musik eingeleitet und begleitet wurde, welche der Kapellmeister Hertel dirigirte.

Die einzelnen Bilder waren: 1) Ein Duo, nach Weder; Fürstin Elisabeth Karolath und Herr von der Aseburg; Musik von Flotow. 2) Auf der Alm, nach Deitger; Ihre königlichen Hoheiten die Prinzessinnen Elisabeth und Louise Margarethe, Herr von Wurmb und Georg von Hülsen; Musik von Rossini. 3) Die Invidie, nach Amberg; Gräfin Wanda Perponcher und Fräulein Marie von Blumenthal; Musik von Mozart. 4) Die Waghäuserin, nach Weder; Comtesse Anna Perponcher, Graf Rintowström und Herr von Mohr; Musik von Auber. 5) Im Walde, nach Beyßlag; Gräfin Loys Saurma und Herr von Blumenthal; Musik von Guckmann. 6) Liebesdienst, nach Siebert; Frau Melitta von Holtenborg und Herr von Hülsen; Musik von Flotow. 7) Der Verlobungsring, nach Willems; Frau Caroline von Allen und Graf von Kanig; Musik von Gounod. 8) Die Gieselschützen, nach Hübner; Gräfin Marika Hagen, Comtesse Paula Lebedorff, Comtesse Gertrud Schwerin, Fräulein Dorothea von Hülsen und Graf Carl von Dönhoff; Musik von Vörling. 9) Haus Sachs und Eichen, nach Piriz; Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Marie und Graf Lebedorff-Gräfin; Musik von Wagner. 10) Lustige Conversation, nach Günther; Gräfin Rosa Schlenburg und Herr von Wiedem; Musik von Auber.

An die Aufführung der lebenden Bilder schloß sich ein Souper. Gegen 12½ Uhr nahm das Fest, dem Ihre kaiserlichen und königlichen Majestäten bis zum Schluß bewohnten, ein Ende. (Beifall.)

Berlin, 4. Februar. [Für 1873 zu Kriegs- und Marinezwecke ausstehende Versuche. — Die Ermittlungen über die Fahnen der preussisch-deutschen Armee.] Nach dem im vorigen Jahr erzielten tatsächlichen Abschluß der Organisation der deutschen Armee wird, wie verlautet, im Verlauf dieses Jahres den neuen Erscheinungen und Erfindungen auf dem militärischen und Marine-Gebiet wieder eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Soweit die Möglichkeit dazu vorliegt, sollen alle diese neuen Erscheinungen umfassenden Proben und Prüfungen unterzogen werden, um ihren Werth und ihre Bedeutung für militärische und maritime Zwecke festzustellen. Zunächst sind, wohl in Anlaß, daß in Frankreich, Schweden und England neuerdings verbesserte Revolver-Gewehre in Probe genommen worden sind, auch hier erneute Versuche mit derartigen Gewehren angeordnet worden. Soweit bisher darüber berichtet worden ist, würde es sich

dabei jedoch vorerst nur um den Abschluß der hier schon früher stattgehabten Versuche mit den bisher bekannten Gewehren dieser Art, und in erster Reihe um solche mit den erbeuteten französischen Mitrailleur handeln, durch welche die Grundsätze über die zweckmäßigste fernere Verwendung derselben festgestellt werden sollen. Ebenso sind Versuche mit einem leichten Luftballon bereits für den Beginn des Frühjahrs angekündigt worden. Eine Reihe von Sprengversuchen mit den verschiedenen neuen Sprengstoffen werden sich, wie man hört, im Verlauf des diesjährigen großen Festungsmanövers anschließen, das nach mehrseitigen übereinstimmenden Nachrichten die Niederlegung der bisherigen Festungswerke von Grund zu zum Zweck haben wird. Gleichwohl dürfen dabei voraussichtlich alle die neuen Erscheinungen auf dem Gebiet der Belagerungsartillerie einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Bekanntlich waren französische bereits bei der Belagerung von Paris gepanzerte Eisenbahnzüge in Verwendung gezogen worden, welche sich mit Geschützen schwerer Kalibers armirt befanden, und ist diesfalls auch die Ausbeutung dieser dort, wie jetzt berichtet wird, nicht ohne Erfolg angewendeten Maßregel als eins der neuen Hilfsmittel zur Behauptung der großen deutschen Festungsplätze in Anregung gebracht worden. Ob mit derartigen Panzer-Locomotiven und Waggons indeß schon in diesem Jahr Versuche statt haben werden, steht jedenfalls noch dahin. Dagegen werden auf dem Marine-Gebiet neue Torpedo-Versuche in Aussicht gestellt. Inwieweit die Versuche mit den für die Küsten-, wie für die Landbefestigung zur Anwendung bestimmten Panzer-Drehthürmen und Panzer- resp. Eisenbauten schon abgeschlossen sind, erzählt noch nicht. Von artilleristischer Seite war noch die Einführung eines kurzen 21 Cm.-Geschützes oder des 200-Pfünders in die Belagerungs-Artillerie in Anregung gebracht worden, doch bleibt kaum anzunehmen, daß die Construction und Fertigstellung eines derartigen Geschützes seitdem schon bewirkt sein sollte, und stehen die hierauf bezüglichen Versuche wohl gleichwohl erst für eine spätere Zeit zu gewärtigen. — Die durch kaiserlichen Befehl angeordneten Ermittlungen über die Fahnen der preussischen Armee betreffen, wie neuerdings berichtet wird, zugleich die Feldzeichen der denselben bereits thatsächlich incorporirten deutschen Truppentheile. Es sind dies bekanntlich das 14. (bairische) Armee-corps, die hessische Division und die Truppentheile der norddeutschen Kleinstaat mit Ausnahme Braunschweigs, für welches noch kein dessen Selbstständigkeit aufhebender Conventionsabschluß vorliegt, wie bedingungsweise auch der Contingente der beiden Mecklenburg, über welche sich die betreffenden Regierungen noch die eignen Hoheitsrechte vorbehalten haben. Voraussichtlich handelt es sich danach bei jenen Ermittlungen noch um mehr als ein ausschließlich geschichtliches Interesse. Bisher führen nämlich jene deutschen Truppentheile noch die ehemaligen Landesfahnen, welche vielfach, besonders in der Spitze von den preussischen Fahnen abweichen, was namentlich bei Verleihung des eisernen Kreuzes an die Feldzeichen des deutschen Heeres dadurch störend hervorgetreten ist, daß dasselbe in dem Wappentier, was bei den Fahnen mehrerer dieser Contingente die Spitze ersetzt, nur ungenügend eingefügt werden konnte (auch die bairischen Fahnen führen bekanntlich den bairischen Löwen statt der Fahnenpitze). Seit lange regt sich nun aber schon der Wunsch den Fahnen des deutschen Reichs eine größere Uebereinstimmung zu verschaffen, und dürfte die jetzt angeordnete Bestimmung wahrscheinlich eine Einleitungsmaßregel hierzu bilden. Dem Vernehmen nach ist die Richtung des ermittelten Materials wie dessen Zusammenfügung zu einem Gesamtwerte einer der anerkanntesten Autoritäten auf diesem Gebiet, dem Geheimen Hofrath L. Schneider übertragen worden, welcher über die Fahnen der gegenwärtigen, wie der ehemaligen altpreussischen Armee in dem von ihm seit länger als vierzig Jahren redigirten „Soldatenfreunde“ schon früher mehrere eingehende und umfassende Arbeiten veröffentlicht hat.

Berlin, 4. Februar. [Die Denkschrift der deutschen Bischöfe. — Die Erhöhung der Diäten. — Die Seminarien.] Die Denkschrift der deutschen Bischöfe, welche heute die „Germania“ veröffentlicht ist, zwar mit großer Geschicklichkeit und Vorzicht abgefaßt, aber ihr Inhalt stimmt doch in allen wesentlichen Punkten mit dem Inhalte der an den Landtag gelangten Petitionen und den Adressen katholischer Geistlichen überein. Es wird auch in zweideutiger Weise, falls die Vorlagen des Kultusministers zum Gesetz erhoben werden sollten, diesen und somit der Obrigkeit der Geoprasam aufgeführt. Derartige Kundgebungen sind jedoch nur geeignet, die Gesetze als unumgänglich notwendig erkennen zu lassen. Der Kultusminister hat sich mit Recht und unter allgemeiner Zustimmung dahin ausgesprochen, daß, je schroffer die Opposition gegen die Gesetze vorgehe, je verwegener sie im Voraus ihre Mißachtung der obrigkeitlichen Gewalt proklamiren, um so dringender die Pflicht des Staates sei, auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren, die Grenze zwischen Staat und Kirche zu regeln und die Herrschaft der Gesetze zur unbedingten Geltung zu bringen. — Es bestätigt sich, daß das durch die Reichsversammlung verfaßte Gesetz über die Organisation des Heerwesens im Kriegsministerium vollständig ausgearbeitet und dem Reichskanzleramt übergeben worden ist. — In der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses ist bekanntlich die Diätenfrage angeregt worden. Wie ich höre, haben im Schoße der Regierung über diese Angelegenheit Erörterungen stattgefunden, welche voraussichtlich noch in dieser Session zu einer Vorlage an den Landtag führen werden, in welcher eine Erhöhung der Diäten beantragt werden soll. Der Landtag wird um so unbefangener an die Behandlung der Vorlage herantreten können, als der erhöhte Satz erst vom Beginn der nächsten Legislaturperiode eintreten soll. — Nach den bekannten Bestimmungen des Kultusministers über das Schulwesen und zwar in der Verordnung für die Schullehrer-Seminarien ist festgesetzt, daß jedes Seminar mit einer mehrklassigen und einer einklassigen Übungsschule organisirt zu verbinden ist. In einer jüngst ergangenen Verfügung ist nun als Grundsatz aufgestellt worden, daß für eine solche Einrichtung die Provinzial-Schul-Collegien als zuständige Aufsichtsbehörden zu gelten haben. Da jedoch noch unter dem Einflusse concreter Verhältnisse einzelne Einrichtungen bestehen, welche den allgemeinen Bestimmungen nicht entsprechen, so soll ausnahmsweise, wo noch ein anderweitiges Resorverhältnis besteht, es einstweilen dabei sein Bewenden behalten. Zur Herstellung vorchriftsmäßiger Übungsschulen sollen jedoch sofort die nöthigen Vorbereitungen getroffen werden.

[Der Entwurf einer deutschen Strafproceß-Ordnung.] mit den Motiven und Anlagen zu den Motiven ist jetzt (gedruckt in der Königl. Ober-Hofbuchdruckerei — R. v. Decker) der Öffentlichkeit übergeben worden. Dem Entwurf, ist folgende Vorbemerkung vorangestellt:

Der hiermit der Öffentlichkeit übergebene Entwurf einer Deutschen Strafproceß-Ordnung gehört zu jener Gruppe von Justizgesetzen, deren Erlass in Ausführung des Artikels 4 der Verfassung des Deutschen Reichs beabsichtigt wird.

Er steht mit dem bereits veröffentlichten Entwurf einer Deutschen Civilproceß-Ordnung, sowie dem noch ungedruckten Entwurf eines Gesetzes, welches die Aufgabe hat, die zur Einführung der beiden Proceß-Ordnungen erforderlichen Bestimmungen über die Gerichtsverfassung zu geben, im engsten und untrennbaren Zusammenhang.

Dies ist auch der Grund, weshalb man in dem vorliegenden Entwurf eine Reihe von Bestimmungen nicht findet, welche man sonst in Strafproceß-Ordnungen zu finden gewohnt ist.

Dahin gehören beispielsweise alle Satzungen über die Einrichtung und Zusammensetzung der Strafgerichte selbst, über die Gerichtssprache, die Offen-

lichkeit der Verhandlungen, die Aufrechterhaltung der Ordnung in denselben, die Art der Abtömmung, die Zuziehung von Dolmetschern, die zu gewöhnliche Rechtschilfe und Andere mehr.

Es gehören ferner hierher die gesetzlichen Vorschriften über die Staatsanwaltschaft und ihre Stellung im Strafproceß, insbesondere sind auch alle Vorschriften über die Mitwirkung des Laien-Elements in den Strafgerichten, sein Verhältniß zu dem der rechtsgelehrten Richter, und dem dem ersten zugewiesenen gleichen Antheil an der Urtheilsfindung in den Gesetzentwurf über die Organisationsbestimmungen gewiesen, weil alle diese Fragen an erster Stelle Fragen der Gerichtsverfassung sind, und man darum auch ihnen in jenem Gesetzentwurf ihre Stelle glaubte anweisen zu müssen.

[Die Reichssteuer-Commission.] hat gestern ihre Berathungen wieder aufgenommen. Nach Erledigung des Tabaksteuergesetzes wird die Commission in die Verathung eines preussischen bereits vorgelegten Entwurfs, betreffend die Erhebung einer Stempelsteuer von Börsengeschäften eintreten.

Köln, 4. Februar. [Die englische Post] aus London vom 3. d. Abends ist ausgeblieben.

Neuß, 31. Januar. [Unsere bekannte Gymnasial-Angelegenheit] hat nun ihre Erledigung gefunden. Dr. Deiters, der dem Kölner Gymnasium fatale Candidat, ist von der Regierung nicht zum Director des Gymnasiums ernannt worden, sondern Dr. R. Lücking aus Arnberg. Daß man sich übrigens den gewonnenen Einblick in die hiesigen Schulverhältnisse in Regierungskreisen zu Nuge gemacht hat, beweist ein inzwischen eingetroffenes Rescript des Provinzial-Schulcollegiums, welches sich auf den für das Gymnasium zu leistenden finanziellen Zuschuß zur Einführung des Normal-Giats bezieht. Unsere städtische Behörde wird darin aufgefordert, Bericht darüber abzustatten, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit sei, das bisher städtische Gymnasium in eine Staatsanstalt umzuwandeln. (Fr. Z.)

Dresden, 4. Febr. [Das Befinden der Königin.] Nach dem heute Morgen ausgegebenen Bulletin sind wesentliche Veränderungen im Befinden der Königin Amalie nicht eingetreten; die Nacht war durch Hustenanfälle mehrfach gestört, indeß hat das Fieber etwas abgenommen und ist das Allgemeinbefinden befriedigend.

Dienstag, 27. Januar. [Frevel.] Die „Dienstag. Ztg.“ berichtet: „Der unüberlegte Muthwille (blos Muthwille!) den einige Arbeiter neulich in der Nähe der Eisenbahnbrücke bei Richmond trieben, als der Diebstahl-Nezer Nachmittags auf dieser Stelle nahte, hätte leicht von unabsehbarer traurigen Folgen begleitet sein können. Das langsame Fahren über die Brücke hat schon bei manchen englischen Personen ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen; in eine völlige Panik wurde aber neulich bei vielen Passagieren dieses Gefühl umgewandelt, als sie plötzlich von einer in der Nähe stehenden Anzahl Arbeiter den Ruf erbeuten hörten: „Saave qui peut!“ Eine schreckliche Katastrophe abend, stürzte ein Herr aus Luxemburg nach der Thür seines Waggons, riß sie auf und machte einen Sprung über das Geländer in den Fluß, andere wollten ihm nachspringen, wurden aber von einem Herrn aus Paris, der Geistesgegenwart genug besaß, zurückgehalten und von der Unbegreiflichkeit des Alarms überzeugt. Wie wir hören, ist der Luxemburger Herr wieder aus dem Wasser gezogen und durch den Fall nur unerblich verletzt worden.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 1. Februar. [Pastor Hessel.] Das Schicksal des von dem Verachte, der Mörder eines Fremdenmörders zu sein, freigesprochenen deutschen Pastors, Dr. Hessel, steht allenthalben die innigste Theilnahme ein, und es werden von verschiedenen Seiten Anstrengungen gemacht, um ihn für die Unbill, die er in Folge des mangelhaften und ungerechten engl. Criminalproceß-Systems auszustehen hatte, zu entschädigen. Die englischen Zeitungen veröffentlichen einen von den deutschen Pastoren Kappel und Wallbaum, den Herren A. Kleinwort, D. v. Grathhausen und James Bischoff unterzeichneten Aufruf, worin um Beiträge zur Deduction der großen Unkosten, in welche Dr. Hessel durch seinen Proceß verurtheilt wurde, ersucht wird. Karl Blind befürwortet in den Spalten englischer Blätter eine substantielle Schadloshaltung Hessels von Seiten der englischen Regierung. Mehrere von Engländern herrührende „Eingeländis“ in den „Times“ geben ebenfalls der Meinung Ausdruck, daß Dr. Hessel von der englischen Regierung eine öffentliche Apologie und eine reichliche Schadloshaltung für ausgetretene Unbill und starke Unkosten gebühre. Der „Daily Telegraph“, Dr. Hessel's wirklicher Fürsprecher, wendet demselben an hervorragender Stelle wieder einen Artikel, in welchem er bemerkt, es sei unmöglich, zu gestatten, daß Dr. Hessel's Angelegenheit mit seiner bloßen Freilassung ende. Von der Voraussetzung ausgehend, daß es wenig oder gar nichts nütze, von der Regierung zu erwarten, daß sie, obwohl für die Verhaftung, die Detention und die Behandlung verantwortlich, irgend eine Compensation bewilligen werde, hält das Blatt einen Appell an das Publikum für nothwendig, und erklärt sich bereit, Beiträge entgegenzunehmen und sich mit einer Summe von 20 Pfund an die Spitze der Liste zu stellen. „Wir gedenken“, sagt der „Daily Telegraph“, „das gesammte Geld dem deutschen Botschafter einzuhändigen, damit es dem Dr. Hessel mit solcher Offenlichkeit überreicht werde, um die Vertheidigung seiner Unschuld und unsern öffentlichen Bedauerns mindestens eben so weit als die Anlage, nicht allein in England selber, sondern auch in Deutschland, wo Dr. Hessel wohl und ehrenvoll bekannt ist, zu sichern.“

[Zum Untergang der „Northfleet.“] Die Kunde, daß man des Dampfers „Murillo“, welcher mit der „Northfleet“ collidirt und, ohne sich um das Schicksal dieses Schiffes zu kümmern, seine Reise fortgesetzt hatte, habhaft geworden ist, hat ungewöhnliche Sensation hervorgerufen, und man sieht mit Spannung dem Resultate des ersten Verhörs, das mit der Bemennung des Dampfers angehängt werden soll, entgegen. Der „Murillo“ gehört einer regulären Linie von spanischen Schrauben-Dampfern an, die alle zehn Tage von den Millwall-Docks nach Lissabon, Gibraltar, Cadix und Sevilla abgehen. Die Schiffe legen zuweilen in Antwerpen an, und von dort aus trat der „Murillo“ seine letzte verhängnisvolle Reise an. Der gegenwärtige Capitän des „Murillo“ ist ein Spanier, Namens Felice Herrera, sein Obersteuermann, ebenfalls ein Spanier, heißt Don Manuel Herrera Balacios und die Maschinen sind Engländer. Der „Murillo“ wurde, wie es heißt, für spanische Eigenthümer in England gebaut. Die Herren Robert W. Andrew und Comp., denen die Eigenschaft dieses Schiffes bezeugt wurde, haben aber bei Lloyd's die Erklärung abgegeben, daß sie nicht die Eigener des Schiffes, sondern nur die Agenten einer spanischen Gesellschaft, deren Eigenthum der „Murillo“ ist, sind. Es heißt, daß die portugiesischen Zollbeamten in Belem (Lissabon) suspendirt worden sind, wahrscheinlich deswegen, weil sie den „Murillo“ so eilig den Lajo verlassen ließen. Die „Lamas“ sprechen die Hoffnung aus, daß die Spanische Regierung nicht verabsäumen werde, die Gesetze der Humanität zu vertheidigen und die Regeln in Kraft zu setzen, welche der Gebrauch aller Nationen in dem Falle von Seeunfällen sanctionirt hat. „Wir sehen“ — fügt das Blatt hinzu — „in diesem Falle irgend einer Action entgegen, die der Welt verständlich wird, daß menschliche Wesen auf hoher See nicht ungestraft vernichtet werden können.“

Aus Dungen es wird gemeldet, daß die bemelte See noch immer nicht gestattet, die Tauchoperationen zur Bergung der Schieneladung der gesunkenen „Northfleet“ vorzunehmen. Obwohl bereits zehn Tage seit der Katastrophe verstrichen, zeigt das Meer noch immer, seine Töbten wiederzugeben, und von den 250 Leuten, die mit der „Northfleet“ untergegangen, sind erst die Leichen von Drei zum Vorschein gekommen. Die von dem Handelsamt angeordnete officielle Untersuchung über den Schiffbruch der „Northfleet“ wird am nächsten Dienstag im Polizeigericht von Greenwich ihren Anfang nehmen.

[Prinz Louis Napoleon] (der kaiserliche Prinz) kehrte gestern nach Woolwich zurück, um seine Studien an vortiger Kriegsakademie wieder aufzunehmen.

[Begnadigung.] Die Petition der wegen Contractbruches zu einjähriger Gefangenschaft verurtheilten Gasheizer an den Minister des Innern wegen einer Strafermäßigung ist nicht erfolgreich geblieben. Der Minister hat den Eingekerkerten acht Monate ihrer Strafreise in Gnaden erlassen.

[Brand.] In der königl. Militär-Akademie in Woolwich brach heute Morgen um 4 Uhr ein Feuer aus, das den großen Mittelhof und Glockenthurm gänzlich zerstörte. Dieses Gebäude war zwei Stockwerke hoch und hatte einen Durchmesser von 90 Fuß. Es enthielt die Klassenräume für die Studenten, die Bibliothek und andere Bureau. Alle diese Räumlichkeiten sind gänzlich ausgebrannt. Die für Unterrichtszwecke benutzten Bücher und die den Studenten gehörenden Papiere wurden geborgen, aber die militärische Bibliothek wurde ein Raub der Flammen. Der angerichtete Schaden dürfte sich auf mehrere tausend Pfund belaufen.

[Das salpetersaure Natron in Peru.] In industriellen Kreisen macht eine Mittheilung Aufsehen, welche der britische Geschäftsträger in Peru der Regierung eingeleitet hat, und die von Lord Granville der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Es heißt darin, die peruanische Regierung habe den Kammern den Vorschlag gemacht, einen bestimmten Theil des Gewinnes aus der Ausfuhr von salpetersaurem Natron in den Schatz fließen zu lassen, worauf der Senat ein Amendement beschloß, daß die Re-

gierung sich den ausschließlichen Anlauf des Artikels zu den gewöhnlichen Marktpreisen sichern sollte, um ihn dann zu erhöhtem Preise den Exporteuren abzulassen. Dieses Amendement sei also an die Abgeordneten-Kammer gelangt, von der es wahrlich einig angenommen werden würde. In Erwiderung auf diese Mittheilung hat nun Lord Granville Herrn Jerningham, den Geschäftsführer, angewiesen, der peruanischen Regierung die Nachtheile vorzuhalten, welche aus dieser Neuerung, besonders durch die verminderte Ausfuhr nach England, hervorgehen würden. Wie die „Times“, die in ihrem Charakters diese Mittheilung bringt, hinzusetzt, hat das auswärtige Amt die Absicht, in anderen Ländern, wo etwa salpeterminerale Nitrone sich finden könnten, Untersuchungen anstellen zu lassen. Wir fügen diesen Angaben hinzu, daß der peruanische Congress jene Maßregel wirklich angenommen hat, durch welche ein Salpeterminopol für die Regierung errichtet wird, um die Erzeugung zu beschränken und auf den europäischen Märkten höhere Preise zu erzielen; den Producenten soll die Regierung den Str. mit 2 S. 40 C. bezahlen. Da diese Zahlung zwar zu leisten ist, so wird bei der fernen Erbe des Staatschatzes der Anlauf von selbst beschränkt, der Export daher vermindert werden. Die Provinz Tarapaca mit ihren reichen Lagern von salpeterminerale Nitrone ist von einem solchen Monopol daher in ihrer Industrie noch mehr bedroht als das Ausland, und hat sich an den Präsidenten von Peru gewandt, damit dieser dem Beschlusse seine Bestätigung verleihe. Den Nutzen von der Einführung eines Monopols in Peru würde Bolivien haben, da dieses in Atacama große Salpeterlager besitzt, die bei einer Erhöhung der Preise mit bedeutendem Gewinne ausgebeutet werden würden. Dorthin würde sich die englische Regierung, wenn sie von Peru eine ungünstige Antwort erhält, mit der besten Aussicht auf Erfolge wenden.

[Aus Calcutta] wird gemeldet, daß der Vicekönig das bengalische Gemeindefeuergesetz mit seinem Veto belegt hat, weil eine Erhöhung der Steuern nicht zeitgemäß sei. In indischen Regierungskreisen scheint man der von den Zeitungen in Lahore gebrachten Nachricht, daß der unter russischem Schutze stehende afghanische Präsident Abdul Rahman gegen Badakshan operire, keinen Glauben, was hier in London vielleicht einigermaßen zur Beruhigung der Gemüther beitragen mag.

[Aus China.] Nach einem Telegramme aus Hongkong vom gestrigen Tage hätte der Dalai Lama von Tibet eine Gesandtschaft nach Peking geschickt, um dem Kaiser von China bei dessen Thronbesteigung seiner Ergebenheit zu versichern.

Amerika.

Lima, 28. December. [Versuche zur Revolutionisirung der Provinzen.] Prado, schreibt man der „R. Z.“, scheint abermals an einem neuen Wendepunkt seiner Geschichte zu stehen. Die Lehre, welche das Volk von Lima in den Julitagen den unruhigen Militärs gegeben, scheint fruchtlos an den Herren vorübergegangen zu sein; wiederum herrscht in dem Lager dieser Leute eine ruhige Thätigkeit. Die bürgerliche Regierung mit ihrer Inappetenz, gewissenhaften Sparsamkeit ist ihnen tief verhaßt. Gegenwärtig treibt sich eine große Anzahl entlassener Offiziere ohne Beschäftigung im Lande herum, da man bei der Reorganisation der Armee Männer von unehrenhafter Vergangenheit fern zu halten sucht. Der Hunger thut wehe und macht verwegen, und so sammelte einer dieser Gefürzten einen Haufen Gefindels, um sich der Regierungskassen in Chacabapoyes zu bemächtigen, mußte jedoch an der müthigen Gegenwehr der kleinen Besatzung seinen Anschlag scheitern lassen und fliehen. Erstere gestaltete sich die Sachen in Lima selbst. Hier wurde dem Anführer nach ein einseitiger Plan zur Revolutionisirung der Provinzen festgelegt und die Ausführung Männern anvertraut, die theils mit ihren Gläubigern auf gespanntem Fuße leben, theils sich von der Regierung nicht ihren vermeintlichen Verdiensten gemäß lohnen glaubten. Der eine, Oberst Lacotera, ein Mann, der bereits allen Parteien gebietend hatte, um sie alle zu verrathen, ging zur See nach dem Norden, um die Provinz Piura zu bearbeiten; allein ehe er den Boden betreten konnte, nahm ihn der Präfect von Piura gefangen und sandte ihn mit seinen Gefährten auf einem umgebenen Kriegsschiffe nach Callao zurück. Als sie in dieser auf paradiesischen Stadt nach den Casematten geführt wurden, sammelten sich drohende Volksmassen auf den Straßen, die Miene machten, sich auf die Gefangenen zu werfen, und nur durch die starke Escorte abgehalten wurden. Nach Arequipa im Süden ging der Oberst General Ceballos, welcher, Vicepräsident der vorigen Regierungsperiode in den kurzen Revolutionstagen nach der Ermordung Balta's, die höchste Staatswürde bekleidet hatte. Dieser Mann von eigenem Ehrgeiz und zudem, wie man allgemein sagt, von dem ungebildeten Drängen seiner Gemahlin getrieben, suchte in Arequipa Zettelungen zu machen, weil diese Stadt bisher den Herd aller revolutionären Bewegungen gebildet hatte. Von dort pflegten die Insurgenten sich der Hauptstadt zuzuwenden, um hier die Entscheidung zu suchen. Allein der bessere Theil der Einwohnerchaft Arequipas beobachtete jetzt die entgegengesetzte Haltung, die ersten Blätter Arequipas warnten Ceballos, die öffentliche Ruhe zu stören, während die angesehensten Bürger in einem von mehr als 3000 Mann besetzten Meeting eine energische Erklärung zu Gunsten Balta's abgaben und in einem feierlichen Umzuge durch die Stadt ihre loyale Gesinnung bekundeten. Die niederen Volks-schichten zwar folgten hier zu Lande dem, der sie laßt, und so fehlte es nicht an Weiberchen mit den Truppen, bis der Präfect entschlossene Maßregeln ergriß. Abends die Straßen durch starke Patrouillen von den Schreibern säuberte und Herrn Ceballos nebst seinem Helfershelfer, Oberst Gamio, als die Quelle dieser Störungen festnahm. Dieselben mußten als Gefangene die Reise nach dem Norden antreten und wie Lacotera in die Casematten Callaos wandern. Am folgenden Tage erschien in den öffentlichen Blättern eine Verfügung des Kriegsministers Medina, wodurch die W. L. erfuhren, Ceballos und Gamio hätten die ehrenvolle Mission erhalten, unter militärischer Begleitung in den Wäldern am oberen Amazonasstrom, der Eine im Norden, der Andere im Süden, Studien zur Vertheidigung der peruanisch-brasilianischen Grenze zu machen und die Punkte zu bezeichnen, die sich zur Anlage von Grenzfestungen eigneten. Tags darauf veröffentlichte die „Patria“ von Lima einen jordanstübenden Protest von Ceballos, der in grimmigen Ausdrücken diese Ehre ablehnte und vor ein zuständiges Gericht gestellt zu sein verlangte. Ihm secundirte in einem nicht minder heftigen Schreiben seine Gemahlin Manuella und plaidirte nicht minder drastisch für ihres Herrn Unschuld — beide ohne Erfolg; der Kriegsminister berief sich auf einen Artikel des peruanischen Militärgesetzes und wies die beiden Offiziere an, ihr Abschiedsgesuch von den Urwäldern des Marañon aus zu widerrufen, und so mußten sie auf den Kriegsdampfer Mayra am 24. December ihre unfreiwillige Entsendungsreise nach jenen Wäldern antreten. Ein anderer Theil der unzufriedenen Militärs fest seine Hoffnungen auf Mariano Prado in Chile. Prado stürzte 1866 den mit den Spaniern untrüblich pactirenden Präsidenten Pezet, erließ an das Cabinet von Madrid die Kriegserklärung und gab dem peruanischen Volke, den „Zien Mai“, eines der höchsten Nationalfeste, zum Andenken an den siegreich bestandenen Kampf gegen das spanische Geschwader in der Bai von Callao. Damals der populäre Mann im Lande, mußte Prado bald darauf dem vereinten Einfluß der Ultramontanen und meuterischen Obersten weichen, die sich dann den Obersten Balta, damals armer Flüchtling in Chile, zum Oberhaupt erkoren. Prado flüchtete nach Chile, warf sich auf die Handels-geschäfte und gewann ein großes Vermögen, ohne dabei die peruanischen Verhältnisse aus den Augen zu verlieren. Es ist überhaupt ein Grundzug der Politik Chiles, solchen gestürzten Größen eine Freistätte im Lande zu gewähren, theils als Schuttmittel, um die benachbarten Republiken einzuschüchtern, theils um besondere Vergünstigungen zu ernten, wenn einmal der Lauf des Schicksals diese Leute wieder in den Besitz der Macht bringt. Diesen Prado, der beim Heere Peru sehr beliebt ist, suchen die Unzufriedenen zu tödnen; in ihrem Auftrage, heißt es, ist bereits Pirola, der frühere Finanzminister, nach Chile abgegangen.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 5. Februar. [Wahl.] Der bisherige Rector bei St. Bernhardin Herr Decke ist gestern vom Magistrat zum Diaconus an derselben Kirche gewählt worden. Herr Decke ist bekanntlich auch verantwortlicher Redacteur des hier erscheinenden „Protestantenblattes“. Die Wahl entspricht gewiß nicht allein den Wünschen der betreffenden Gemeinde, sondern wird sicherlich auch in den weitesten Kreisen freudige Theilnahme erregen.

Ö Breslau, 3. Febr. [Frauenbildungsverein zur Beförderung weiblicher Erwerbsfähigkeit.] Aus der heut Abend im gewöhnlichen Versammlungslocal (höhere Mädchenschule an der alten Tschentstraße) stattgefundenen und zahlreich besuchten Generalversammlung theilen wir Folgendes mit. Die Vorstehende verlas zunächst den Jahresbericht, demzufolge die Einnahmen sich auf 886 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf., die Ausgaben auf 643 Thlr. 20 Sgr. beliefen, mithin als Reinertrag 242 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf. verblieben, dazu traten die Einnahmen der Nischschule mit 521 Thlr. 12 Sgr. 1 Pf., so daß die Gesamteinnahme 764 Thlr. ergab. Da die

Rassenrevision noch nicht abgeschlossen ist, mußte die Decharge auf eine spätere Generalversammlung verschoben werden. Hierauf folgten Mittheilungen betr. des Jahresberichts, der sich übrigens bereits im Druck befindet und auf den wir bezüglich etwaiger Ergänzungen zu verweisen nicht verabsäumen wollen. Die Frau Vorstehende konnte nicht verschweigen, daß im letzten Jahre in dem Eifer, womit früher die vom Verein gebotenen Bildungsmittel von unseren Mitbürgerinnen benutzt zu werden pflegten, doch ein nicht unmerklicher Rückgang stattgefunden habe, ohne daß sich dafür ein Grund auffinden lasse. Namentlich melden sich jetzt weniger Kinderpflegerinnen und auch der Besuch der Fortbildungsschule ist, wie sich dann herausstellen wird, lange nicht mehr so lebendig als sonst. Hinsichtlich der „Kinderpflegerinnen“ scheint der Abgang dadurch veranlaßt zu werden, daß viele Mädchen nach Absolvierung der Schule und erhaltener Einsegnung sich entweder durch Notharbeit oder in den Fabriken mehr zu verdienen hoffen, wie als Kindermädchen. So lange das Mädchen im elterlichen Hause sei und somit Wohnung und Kost durch gemeinsamen Aufwand leichter zu bestreiten seien, möge das etwa zutreffen, wie aber, wenn dieser Haushalt sich auflöst und sie auf eigene Kosten leben müssen? Viele Eltern tragen auch Bedenken, ihre Kinder als Kinderpflegerinnen in fremde Dienste treten zu lassen, da die Verhältnisse der Dienenden nicht stets das Wünschenswerthe seien. Die Fortbildungsschule des Vereins habe nur 118 Schülerinnen gezählt, indeß sie 1871 von 173 Mädchen besucht wurde. De Zahl der Schülerinnen im gewerblichen Zeichen bei Herrn Bildhauer Michaelis konnte noch nicht festgestellt werden, doch kann dem Frauenbildungsverein zur Ehre gereichen, daß namentlich auf seine Anregung bald von Anfang der communalen Zeichenschule eine Frauenklasse errichtet wurde, in der die Theilnehmerinnen monatlich nur 10 Sgr. Beitrag zu zahlen haben. Die Frau Vorstehende berichtet weiter, daß die Beziehungen zu den anderen Vereinen beim alten geblieben seien, daß der „Fr.-B.-V.“ auch auf dem zu Hirschberg stattgefundenen Schlei. Centralgewerbefest vertreten gewesen sei, auf dem Darmstädter Frauentage haben ihn die Frau Vorstehende und Frau Redacteur Delsner vertreten. Der interessante stenographische Bericht sei jetzt erschienen und koste 10 Sgr. Vorträge seien 35 gehalten und von Juni bis September die Sitzungen ausgesetzt worden, sowie das Secrecariat von Oestern vorläufig geschlossen werden solle.

Da auf Anfrage der Vorstehenden zu dem Bericht Niemand das Wort verlangte, wurde zum folgenden Punkt der Tagesordnung übergegangen, und verlas die Vorstehende die die Neuwahl des Ausschusses betreffenden Paragraphen des Vereinsstatuts. Von den auf den bereits am Anfang der Sitzung an die stimmberechtigten Mitglieder (Besitzer von Jahreskarten) ausgetheilten Stimmzetteln vorgelegenen Mitgliedern sind 18 Damen und 9 Herren in den Ausschuss zu wählen, die dann unter sich die Wahl des Vorstandes treffen. Die Wahl fand statt und erhielten die Mehrheit der Stimmen die Damen: A. Simon, Delsner, Böttcher, Frau Lindner, Sachs, Stephan, Hilbrand, Straß, Frau Proctor Maas, J. Ramis, Seiffert, Frau Laßwig, Kämpfer, Fränkel, E. Heise, Hall, Horst und Gnadig und die Herren: Stadtschulrath Thiel, Rector Gleim, Banter Schweiger, A. Simon, Proctor Maas, Kaufm. Schierer, Chemiker Müller, Dr. Honigmann, Dr. Graß und Dr. med. Körner. Am Schluß regte J. Ramis die Frage an, ob denjenigen Mitgliedern, welche nur Vierteljahres-karten haben, die Stimmfähigkeit zu ertheilen sei? Der Antrag wurde indeß als nicht statutenmäßig eingebracht, auf eine fernere General-Versammlung verwiesen und mit Verlesung des Protokolls die Sitzung geschlossen.

Ö Breslau, 4. Febr. [Verein ohne Tendenz.] Nach einer längeren Pause, während welcher der „Verein ohne Tendenz“ seine Sitzungen sistirt hatte, trat derselbe Anfang November v. J., getränkt und gestärkt durch Aufnahme mehrerer tüchtiger junger Kräfte, in der alten Bärle wieder zusammen und entwickelte bald eine sehr rege Thätigkeit. Allmählich in jeder Sitzung wurde von je einem Mitgliede ein Vortrag, den verschiedensten wissenschaftlichen Gebieten, als Literatur, Nationalökonomie, Geschichte, Naturwissenschaften u. s. w. entlehnt, gehalten, an welche sich dann stets sehr interessante Debatten knüpften. Alsdann wurden jedesmal die Fragen, die sich im Fragekasten voranden und ebenfalls theilweise höchst interessanter Natur waren, beantwortet. Während so der Verein seinen wissenschaftlichen Principien treu blieb, vernachlässigte er doch auch keineswegs das gesellige Leben. So wurde Sylvester in einer für alle Mitglieder und Gäste höchst angenehmen Weise von Seiten des Vereins gefeiert, und in kurzem gedenkt derselbe wieder einmal einen jener Bälle zu arrangiren, die sich immer einer sehr regen Theilnahme zu erfreuen haben.

„Geburten und Mortalität.“ Im Laufe der letztverflossenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 105 Kinder männlichen und 101 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 206 Kinder, wovon 33 außerehelich; als gestorben 76 männliche und 61 weibliche, zusammen 137 Personen incl. 7 todtgeborener Kinder.

H. Hainau, 3. Februar. [Sparcasse. — Regulative. — Eisenbahn.] Unsere Sparcasse, welche ihre Einlagen mit 4 Procent verzinst, hat im verfl. Jahre einen Umlauf nachzuweisen gehabt, wie noch nie zuvor. Die Activa betrugen am Schluß des Jahres 578,543 Thlr. Die Passiva 529,009 Thlr., also ein Reinertrag von 49,534 Thlr. — Anschließend an eine Correspondenz „Aus dem Rielengebirge“ in Nr. 53 dieser Zeitung, darf es thätigst auffallend erscheinen, daß die allgemeinen Bestimmungen vom 15. October vorigen Jahres, das Volksschulwesen u. betreffend, in den Volksschulen entweder noch gar nicht, oder nicht allgemein zur Ausführung gelangt sind, zu welchen Schulen auch die hiesige zählt, obgleich hinzugefügt werden darf, daß namentlich bezüglich des religiösen Memorienbuchs das Regulativ von 1854 auch ohne besondere Veranlassung in einzelnen Fällen bereitwillig ad acta gelegt worden ist. Seine Eins- und Durchführung wurde seiner Zeit aber recht eifrig betrieben und darf es auch diesbezüglich befremden, daß die neuen Bestimmungen nicht bereits allgemein Regel und Richtschnur für Volksschule und Lehrer werden mußten und geworden sind, und auch zunächst die Sectionen keine Abänderung zum Besseren aufzuweisen haben. — Die neue Eisenbahnstrecke Gassen-Annaberg, welche zwischen hier und Liegnitz, hinter der Haltestelle Steudnitz, resp. Siegenberg, sich abwendet und in gerader Richtung nach Sagan die längere Linie Hainau, Bunzlau, Kohl-furt, Hanzdorf abschneidet, ist im Unterbau bereits soweit vorgedrungen, daß im Laufe dieses Sommers Schwellen und Schienen gelegt werden können. Ebenso sind die für diese Strecke benötigten Fahrzeuge in Bau genommen und soll ihre Lieferung bis Juli c. erfolgen. Unter den Personennagen werden sich auch 12 Stück solche dritter Classe mit zwei Etagen befinden. — Nach ziemlichem Schneefall am Sonnabend und 7 Grad Kälte ist heute plötzlich Thauwetter eingetreten und zeigt der Thermometer Mittags 2 Uhr im Schatten + 5° R.

P. Liebau, 3. Februar. [Grenzsperr. — Communalz.] Vor einigen Tagen traf plötzlich hier der Befehl ein, die Grenze für den Verkehr mit Kinowitz, Pförden u. s. w. wegen der angeblich noch in den benachbarten Districten Böhmens herrschenden Viehpeste zu sperren und wurde in Ermangelung von Militär mit der Ausführung der Sperre das hiesige Haupt-Bollamt betraut. Nachdem sich aber herausgestellt, daß in jenen Gegenden die Seuche als erloschen zu betrachten war, wurde vorgestern diese unerträgliche Verkehrsbeschränkung nach nur dreitägiger Dauer aufgehoben. — Auf Anregung des hiesigen Bürgervereins werden seit Kurzem die Stadtverordneten-Versammlungen vom Publikum regelmäßig besucht. Leider ent-rückte sich in der am 1. d. M. stattgehabten Versammlung wieder ein Bild unserer Differenzen zwischen Magistrat und Stadtverordneten. Gegen Ende vorigen Jahres nämlich, lehnten letztere einen Antrag des Bürgermeisters Herrn Kreuz auf Remuneration und Gehaltsverhöhung in Ermangelung jeglicher Veranlassung hierzu ab. Hiergegen proponirte Herr Bürgermeister Kreuz die Anstellung eines Polizei-Inspectors und Stadtsecretärs, womit sich auch der Magistrat einverstanden erklärte und die Befehle dieser mit 350 Thlr. dotirten Stelle vor die Stadtverordneten brachte. Diese lehnten das Project einstimmig ab, da die vorhandene Arbeitskraft des Hauptes der Stadt durch die bisher thätigst nicht erheblichen Geschäfte, keineswegs absorbiert wird. Dem Vernehmen nach wird die Angelegenheit in den nächsten Tagen zur Entscheidung gelangen, doch ist nach der Sachlage zu erwarten, daß der Befehl der Stadtverordneten aufrecht erhalten werden wird.

Ö Trebnitz, 4. Februar. [Zur Tages-Chronik.] Der am hiesigen Orte bestehende und jetzt über 80 Mitglieder zählende evang. Jünglings-Verein feierte am 1. h. durch ein gemeinschaftliches Abendbrot mit darauf folgenden Tanz sein Winterfest. — Dem am Sonntage Abends 7 Uhr im Saale bei Feige vom Hrn. Diaconus Schulze aus Breslau gehaltenen Vortrage über: „Die Nothwendigkeit des Protestantischen Vereins für die Kirche der Gegenwart“ — wohnte ein recht zahlreiches, den verschiedensten Ständen und Confectionen angehörendes Auditorium bei. Der Redner fesselte durch einen überaus klaren, fast 1 1/2 stündigen, auch dem schlichten Manne ganz und gar verständlichen, obiges Thema erschöpfenden Vortrag und schloß denselben mit der sehr treffenden Bemerkung, daß wir auf kirchlichem Gebiete dahin gelangen möchten, daß der für das Gemeinbe-

Princip und die Bekenntnisfreiheit durch Wort und Schrift mit voller Kraft eintretende Protestantische Verein recht bald nicht mehr notwendig sein möge, ganz eben so, wie der ehemalige recht thätige National-Verein nach Verwirklichung der gegebenen Hoffnungen sich als überflüssig erachtete. — Dem Hrn. Diaconus Schulze wurde der lebhafteste Dank von Seiten der zahlreichen Versammlung mit der Bitte ausgesprochen, daß die Wiederholung derartiger Vorträge, das Leben des hiesigen Protestantischen Vereins immer mehr anfauchen und frischer erhalten würde. — Dem achtzehnten Jahresbericht und übersichtlichen Nachweis, in welcher Art und nach welchem Umfange die Versorgung hilfsbedürftiger Krieger von 1813 bis 1815 im hiesigen Kreise pro 1872 stattfand, entnehmen wir, daß ultimo December 1872 ein Bestand von 145 Veteranen verblieb. Die fortlaufenden Unterstufungen vom Staate betrugen 1562 Thlr., während die aus der General-Schach-Rasse des National-Dankes für Veteranen 46 Thlr. 15 Sgr. und aus der Kreis-Communal-Rasse 780 Thlr., mithin in Summa 2388 Thlr. 15 Sgr. ergaben. Die einmaligen Unterstufungen und Geschenke belaufen sich in Summa auf 264 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf., so daß die Gesamt-Unterstufungen der Veteranen hiesigen Kreises = 2653 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. betragen.

(Notizen aus der Provinz.) * Hirschberg. Die Temperatur machte seit dem 1. d. M. folgende Wandlungen durch: Am 1. Früh 7 Gr., Abends 10, am 2. Früh 8 Gr., Mittags 3 Gr. und Abends wiederum 8 Gr. Kälte, am 3. Früh bei heiterem Himmel 0 Gr. und im Laufe des Tages 2 Gr. Wärme, so daß mäßiges Thermometer eintrat. Die gestrige „Schlittenbahn“ war ohnedies nur höchst nothdürftig. — Die Eisnutzung im „alten Boder“ hier selbst wurde in dem Verpachtungstermin von Herrn Restaurateur Nitsche für das Meißelgebirge von 20 Talern erlitten. Das Boder-Eis hat gegenwärtig eine Stärke von 2-4 Zoll. — Die Eislieferung aus dem großen Teiche nach dem hiesigen Bahnhofe zur Weiterbeförderung nach Breslau findet seit voriger Woche regelmäßige Fortsetzung. Die Eisquader weisen eine Stärke von 12-13 Zoll auf.

Zabrze. In voriger Woche fanden auf Nebenbänke zwei Arbeiter einen schrecklichen Tod. Dieselben waren beordert, einen Dampfkegel zu reinigen, weshalb das Reinigungsrohr auch regulär abgepert war, und doch füllte sich der Dampfraum plötzlich mit Dampf, so daß die beiden Arbeiter rettungslos verloren waren. Ueber die Entstehung dieses Unglücks hat sich Bestimmtes noch nicht feststellen lassen, man vermuthet nur, daß möglicherweise ein dritter Arbeiter sich den ungehörigen Dampf machen wollte, seine beiden Kameraden durch Einlassen von etwas Dampf zu erschrecken.

Δ Ratibor. Der „A. Ob. Anz.“ meldet: An der Cholera waren in 20 Orten des Kreises im Ganzen 203 Personen erkrankt, wovon 114 verstarben. Am gefährlichsten drohte die Seuche in dem Rothschilb'schen Vorwerk Rastel dicht bei Schillersdorf zu werden. Nur dem keine Gelbpest scheuenden sehr energischen und persönlichen Eingreifen des freierlichen Rothschilb'schen General-Bevollmächtigten Herrn Wedekamp zu Schillersdorf und des Polizeibewalters Herrn Selzer zu Sulzschin ist es zu verdanken, daß dort die Seuche nicht mehr Menschenopfer gefordert. Die Krankheit ist nunmehr im Kreise als erloschen zu betrachten.

Σ Glas. Leider ist ein erneuter Ausbruch der Kinderpest in Senftenberg in Böhmen und zwar auf dem Gute des Baron Probus zu constatiren; in den letzten Tagen des Januar sollen dort gegen 200 Stück Rindvieh theils gefallen, theils getödtet worden sein. Der Grenz-Kordon, der in diesen Tagen aufgelöst werden sollte, bleibt nun natürlich bis auf Weiteres bestehen. Die Verfügung der Regierung zur Absonderung der Grenze ist als Folge dieses erneuten Ausbruchs der Krankheit zu betrachten.

~ Ranth. Seit Anfang December v. J. hat Vater Blücher einen neuen Hüter seiner stillen Grabesruhe erhalten; der frühere Wachmeister Schmidt, ein hochbetagter Invalid aus den Befreiungskämpfen, hat das friedliche Nachschauen am Mähdendental mit einem Domicil in seiner Vaterstadt Dittmannsdorf vertauscht, und es einem jüngeren Kameraden, dem jetzigen Wachmeister Weiß überlassen. Derselbe wurde nach völlig glücklich vollendetem Felzuge im später Abendhimmel beim letzten Ausfall von Paris am 19. Januar 1871 am linken Arm durch eine Gewehrkugel verwundet, mußte operirt werden, in Folge dessen er am freien Gebrauche seines linken Armes für immer gehindert blieb. Seine Tapferkeit im Kampfe wurde trefflich belohnt. Se. L. und L. Hofe unter Kronprinzip bestellte ihm höchst eigenhändig den Eisernen Kreuzorden 2. Klasse an die Brust und hat ihn unlängst auch durch selbstgegebene Ueberreicherung eines Weihnachtsgeschenkes und seiner Photographie. Der im Alter von erst 28 Jahren stehende jugendliche Hüter von Blüchers Grabe hat sich dieser Tage mit der Entschloßtheit seines greisen Vorgängers verheiratet. Er ist der fünfte Wachmeister an der Gruft Blüchers.

Meteorologische Beobachtungen auf der k. k. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 4. 5.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Sufstrost bei 0°	323° 31	334° 02	334° 04
Luftwärme	— 1,1	— 2,1	— 2,1
Dunstdruck	1° 23	1° 50	1° 56
Dunstfälligkeit	74 pSt.	91 pSt.	95 pSt.
Wind	D. 1.	SD. 2.	D. 1.
Wetter	trübe.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 5. Febr. [Wasserstand.] D.-P. 15 J. 3 R. U.-P. — J. 3 J. Gistand.

Berlin, 4. Februar. Die Börse ging zwar nicht so animirt vor, wie es in den letzten vorhergegangenen Geschäftstagen der Fall gewesen war, dennoch zeigte sie auch heute eine recht feste Haltung. Die Kauflust hatte im Allgemeinen auf dem Gebiete der Speculationswerthe und für Industrieactien nachgelassen, blieb aber auf anderen Gebieten, z. B. für Eisenbahnen und für auswärtige Fonds recht lebendig. Die Speculations-Offerten standen unter dem Drucke der über die Dividende der Staatsbahn in Umlauf gelegten Gerüchte und fanden in Folge dessen mehrfache Revisionsverläufe statt, unter denen die Course in rückgängige Bewegung traten. Das Hauptgeschäft fand auch heute in Lombarden statt, auch Oesterreichische Creditactien waren ziemlich beliebt, Staatsbahn sehr vernachlässigt, andere österreichische Bahnen behaupteten sich ebenfalls nur schwach, doch war der Verkehr darin auch nur gering. Oesterreichische Renten gut beliebt, wiewohl die Course um ein Geringes nachgelassen hatten. Türken fest und wie Amerikaner in mäßigem Umlauf. Italiener und französische Rente etwas billiger, letztere auch offerirt. In Tabactien sehr bedeutendes Geschäft zu wiederum bedeutend gestiegenem Course. Von russischen Staats-Papieren traten 1872er, desgleichen auch Prämienanleihen in umfangreichen Verkehr. Preussische Fonds fest, doch ruhiger, Confolis ließen nach, Köln. Loose sehr lebhaft und wiederum steigend, Prioritäten waren im Allgemeinen still und fest, von Oesterreichern zeichneten sich Lombardische durch regere Umsätze aus. Russische Prioritäten wenig verändert. Auf dem Eisenbahnactien-Markte behaupteten sich die Course recht gut. Der Verkehr blieb größtentheils auf die schmerzlichen Rheinisch-Westfälischen Debiten beschränkt, für die eine rege Kauflust auftrat. Auch einige leichte Actien waren recht beliebt, so Rumänen, Schweizer Westbahn, Nastrichter und Othpreussische Südbahn. Das Prämiengeschäft war heute stiller, da sich die Kauflust etwas abgeschwächt zeigte. Bankactien blieben vorzugsweise fest, wiewohl die erzielten Coursabancen eine Bedeutung nicht in Anspruch nehmen können. Disc.-Comm. sehr fest, Darmst. zu unänderlicher Notiz beliebt. Großes Geschäft in Barmer Banco, Berliner Wechselstube, Weininger, Luzzemburger. Geraer und Braunschweiger Bank, seiner Centralgenossenschaft, Centralbank für Bauten und Centralbank für Industrie und Handel sehr beliebt, Gewerbebank und Prod.-Gewerbebank in reger Nachfrage, Dresd. Hblsb. 100% C., Hallesche Credit 96 bz. G., Hamburger Bankverein 110%, Leipziger Disconto 110 C., Warschauer Disconto 98 Gld. In den Industrie-Papieren zeigte das Geschäft eine Abschwächung, die aber mehr in den Umsätzen als in den Coursen Ausdruck fand. Brauereien ziemlich beliebt, Schol., Bergbauerei rege, Potsdamer Brauerei sehr lebhaft und höher. Omnibus steigend, für Passage mehrprocentig höher und rege, fehlten später Abgeber, desgl. Magde. Spiritbank, Südbund und Götha, Wasserwerke beliebt. Westend, Potsdamer, Holz- und Rathenow Opt. steigend. Einige der beliebtesten Bergwerths-Debiten, wie Dortmund, Union, Laura, Louise Tiefbau und Conf. Marie ließen nach. Phönix B. sehr beliebt und höher. Binneberger, Höder, Harfort Erben. Kölner Bergwerk in gutem Verkehr, meist höher. — Wechsel fest und höher, London sehr beliebt. (B. u. Hbl.-S.)

Berlin, 4. Febr. [Preussische Bank.] Die „B. V. Z.“ schreibt: Die Ziffern des gestern veröffentlichten neuesten Wochenanweises der Preussischen Bank lassen es als wahrscheinlich erkennen, daß in kürzester Frist eine abermalige Herabsetzung unseres Bankdisconts erfolgen wird. Wir hören denn auch, daß über eine derartige Maßregel innerhalb der Bankverwaltung bereits Berathung gepflogen worden ist, doch ist, was nach dem Anweis wohl zu rechtfertigen gewesen wäre, die Herabsetzung des Disconts aus dem Grunde noch verschoben worden, weil man abwarten wollte, ob die Verhältnisse unseres Geldmarktes durch die am 6. d. M. fälligen größe-ren Zahlungen für französische Rechnung erheblich verändert werden oder nicht. Uns kommt die erste Alternative wenig wahrscheinlich vor, denn Geld

